G 2527

Gymnasium

BADEN-WÜRTTEMBERG

Nr. 5-6/2022

Der Philologenverband Baden-Württemberg engagiert:

- **Fortbildung für die Beauftragten für Chancengleichheit**
- **Datenschutz, Medienbildung und digitale Souveränität**
- **Vorbereitung des Bodenseetreffens**
- **Bundesjugendtag der dbb*jugend* in Berlin**
- **Treffen der PhV-Landesverbände in Berlin**

Außerdem

Vorträge von Frauen für Frauen

Fortbildung zum Thema Vorsorgevollmacht

Zeitschrift des Philologenverbandes Baden-Württemberg

Inhalt

Editorial *[Ralf Scholl]* 2

CHANCENGLEICHHEIT
Vereinbarkeit von Familie und Beruf *[Claudia Grimm und Martina Scherer]* 4

FRAUENVERTRETUNG
Vorträge von Frauen für Frauen *[Martina Scherer]* 6

BEZIRK NORDBADEN
Es gibt keinen Grund, nicht gewerkschaftlich organisiert zu sein! *[Helmut Hauser]* 6

JUNGE PHILOLOGEN
Lach & Wein *[Laura Schönfelder]* 7

Bundesjugendtag der dbbjugend *[Martina Scherer und Maximilian Röhricht]* 21

DIGITALISIERUNG
Datenschutz, Medienbildung und digitale Souveränität *[Cord Santelmann]* 8

BEZIRK SÜDBADEN
Endlich wieder in Präsenz! *[Martin Stroh]* 11

Thema aktuell: Die Grünen 13

Aktuelles aus dem HPR *[Jörg Sobora]* 14

Aktuelles aus dem HPR asB *[Michael Belz]* 15

EUROPA
Zeitenwende in Europa *[Bernd Saur]* 16

VORTRAG
Vorsorgevollmacht *[Martina Scherer]* 17

Erratum *[gbw]* 17

BODENSEETREFFEN
Planungstagung der Vorstände der Lehrerverbände des Bodenseetreffens *[Karin Fetzner]* 18

GLOSSE
Kulturelle Aneignung zu Ende gedacht: Schon die Bäume waren ein Holzweg! *[Cord Santelmann]* 19

DER PHILOLOGENVERBAND IM GESPRÄCH MIT ...
... dem ZSL *[Karin Fetzner]* 20

TREFFEN DER PhV-LANDESVERBÄNDE
Der Philologenverband war in Berlin am 6. und 7. Mai zahlreich vertreten 21

BUCHBESPRECHUNG AUS DER REDAKTION
Zum Schmökern *[Edelgard Jauch]* 22

SENIOREN
Seniorenbeauftragte *[Helmut Hauser]* 23

Titelfoto: Georgii-Gymnasium Esslingen (Foto: Peter Landfried)

Redaktionsschluss:
Juli-August-Ausgabe: 27. Juni 2022,
Sept.-Okt.-Ausgabe: 19. September 2022.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Druckschriften wird keine Gewähr übernommen (ohne Rückporto keine Rücksendung).

Alle Manuskripte sind an die Redaktion zu senden!
Enver Groß | enver.gross@phv-bw.de
Pfannenstiel 34 | 88214 Ravensburg

Liebe Leserinnen und Leser,

Ralf Scholl
ist Landesvorsitzender des Philologenverbandes Baden-Württemberg

noch bevor Corona jahreszeitbedingt kein großes Thema mehr war (obwohl sich über Ostern noch einmal extrem viele Menschen angesteckt haben), rollte auf unsere Schulen das nächste Problem zu: Wie integrieren wir mehr als 30 000 bildungswillige ukrainische Kinder im schulpflichtigen Alter, aber ohne Deutschkenntnisse, in unseren Schulen?

Vom Kultusministerium kam dazu bis Ende April, abgesehen von der Einrichtung einer eigenen Internet-Seite für VPO (Vertretungspool online) speziell für den Unterricht ukrainischer Schüler, erst einmal wenig Unterstützung für die Schulen. Im Kultusministerium hoffte man offensichtlich, dass die Flüchtlinge nach einem schnellen Kriegsende (fast) alle schnell wieder in die Ukraine zurückkehren würden.

Im Laufe des Monats April begriff man dann auch im Kultusministerium, dass wir uns in Baden-Württemberg zum neuen Schuljahr auf über 30 000 zusätzliche Schülerinnen und Schüler aus der Ukraine mit anfänglich minimalen Deutschkenntnissen einstellen müssen.

Der Philologenverband Baden-Württemberg hatte bereits in seiner ersten Pressemitteilung am 15. März für die Integration von (damals von uns geschätzten) rund 40 0000 ukrainischen Kindern und Jugendlichen 3000 bis 4000 zusätzliche, befristete Stellen gefordert. Schon damals hatten wir darauf hingewiesen, dass dazu ein kurzfristiger Nachtrags- oder Sonderhaushalt notwendig sein wird, der rechtzeitig vor dem Haupteinstellungsverfahren zum neuen Schuljahr verabschiedet sein muss, um die nur zu diesem Zeitpunkt verfügbaren neuen Lehramtsbewerber einstellen zu können.

Bis zum heutigen Tag (22. Mai) wurde von der Landesregierung kein solcher Haushalt in den Landtag eingebracht. Das Haupteinstellungsverfahren geht in der letzten Juniwoche über die Bühne.

Erhöhte Minimalstundenzahl?

Das einzige, was in Hinblick auf die ukrainischen Kinder ins Gespräch gebracht wurde, war eine höhere Minimalstundenzahl bei unterhälftiger Teilzeit: Minimum 30 Prozent statt 25 Prozent eines vollen Deputats *(Ministerpräsident Kretschmann am 26. April 2022)*.

Dass für die Bezahlung der dadurch erhofften zusätzlichen Lehrerstunden im Umfang von 1000 zusätzlichen Stellen dann ein Nachtragshaushalt in ebendiesem Umfang nötig würde, wurde aber erneut mit keinem Wort erwähnt. Und wir wissen auch von keinerlei Bemühungen der Landesregierung, einen entsprechenden Nachtragshaushalt einzubringen. – Solange derartige Überlegungen als 'Geisterdebatten' geführt werden, aber nicht finanziell unterlegt werden, sind sie in unseren Augen nur plattes Lehrer-Bashing. Ganz davon abgesehen, ob diese Überlegungen überhaupt zielführend wären: Wie viele Kolleginnen und Kollegen während ihrer Elternzeit erst später wieder unterhälftig arbeiten würden, wenn ein Wiedereinstieg für sie nicht mehr mit sechseinhalb, sondern nur mit mindestens acht Wochenstunden möglich wäre, ist eine absolut offene Frage, die unseres Wissens weder durch eine Umfrage noch eine Studie untersucht wurde.

Nur einen Tag später wurde (völlig ohne Presserummel) folgende Maßnahme vom ZSL verkündet: Die Referendare werden ab dem Kurs 2024 eine minimale Unterrichtsverpflichtung von zwölf Wochenstunden statt bisher elf Wochenstunden eigenverantwortlichen Unterrichts haben. So will das Land anscheinend 'kostenneutral' pro Referendar eine

zusätzliche Stunde pro Woche aus jedem Referendar 'herauspressen' – auf Kosten der Ausbildungsqualität! Dass wir davon gar nichts halten, versteht sich von selbst und wurde auch entsprechend von uns kommuniziert.

Ein Wirklichkeits-Check?

Solange unsere Landesregierung nicht endlich aufwacht und anerkennt,

- dass die Freigabe der Grundschulempfehlung zwar bei vielen Eltern gut ankam, aber die Bildungsqualität an unseren Gymnasien und Realschulen bis heute massiv beeinträchtigt,
- dass die Umsetzung idealistischer, aber komplett unpädagogischer und wirklichkeitsfremder Konzepte an den Gemeinschaftsschulen zwar unglaublich viel Geld kostet, die Bildungsqualität aber nicht um einen Deut verbessert, und
- dass selbst die bislang halbherzig umgesetzte Inklusion schon extrem teuer ist, den Betroffenen bisher aber eher schadet als nützt, da sie ein erfolgreiches und zielgerichtetes Lernen für alle behindert und spätestens ab Klasse 7/8 komplett scheitert,

so lange wird Baden-Württemberg trotz immer höherer Ausgaben für die Bildung weiter im deutschen Mittelmaß verharren, statt in den Schulen wieder Spitzenleistungen zu erreichen.

Gymnasium 2030

Der kürzlich neu am Kultusministerium eingerichtete 'Arbeitskreis Gymnasium 2030' hat laut MD Hager-Mann den Auftrag der »pädagogischen Weiterentwicklung des Gymnasiums« gemäß Koalitionsvertrag. Interessant ist dabei, dass im grün- schwarzen Koaltionsvertrag von 2021 aber nur genau ein Satz zum Gymnasium zu finden ist, nämlich der Eingangssatz in Abschnitt D »Weiterführende Schulen und berufliche Bildung«: »Keine Strukturdebatte: Das achtjährige Gymnasium bleibt die Regelform.«

Kein Wunder, dass zwar Landeselternbeirat, Landesschülerbeirat und Landesschulbeirat sowie die Direktorenvereinigung zur Mitarbeit eingeladen sind, eine Vertretung der gymnasialen Lehrkräfte in diesem Gremium aber unerwünscht ist. Wir bekamen auf unsere Nachfrage eine höfliche Absage mit dem vagen Hinweis, dass Lehrervertreter bei Einzelprojekten ggf. hinzugezogen werden könnten.

Angesichts der Vorgaben für dieses Gremium (keine Strukturveränderungen und alles muss kostenneutral sein!) kann folglich zu Recht von einer Alibi-Veranstaltung gesprochen werden.

Ergebnisse bei VERA-8 und im Abitur

Die VERA-8-Ergebnisse 2021 waren extrem gut, schreibt zumindest das Kultusministerium.

Dass die Tests 2021 coronabedingt ein halbes Jahr später durchgeführt wurden als in allen Vorjahren, fiel dabei leider unter den Tisch. Es wäre schlimm, wenn unsere Kinder in einem zusätzlichen halben Jahr (trotz Corona-Einschränkungen) nicht deutlich dazugelernt hätten, zumal VERA-8 ja den Ist-Stand in Bezug auf die im mittleren Bildungsabschluss erwarteten Kompetenzen ermitteln soll.

Und im Corona-Jahr 2021 hatten wir mit einem Durchschnitt von 2,15 den besten Abiturdurchschnitt der letzten 30 Jahre. Klar! Aber konnten unsere Abiturienten wirklich mehr?

War dies ein Effekt der rein innerschulischen Korrektur? Kam dies durch die Vorgabe unserer Ministerin, dass kein Schüler einen Nachteil durch Corona haben soll? Oder kam dies vom Übergang zum neuen Abiturformat (mit drei statt vier schriftliche Prüfungen)? Wie stark diese verschiedenen Effekte zu diesem 'Superergebnis' beigetragen haben, werden wir frühestens nach dem diesjährigen Abitur grob abschätzen können.

Bildungsforschung

Bildungsforscher erklären uns ganz klar: An den Hochschulen liegen selbstverständlich die kompletten Daten vor, um auswerten zu können, wie viele Studenten von welcher Schulart prozentual jeweils einen erfolgreichen Hochschulabschluss erlangen. Und es ist schon bekannt, dass neben der Abiturnote die Mathenote der beste Prädiktor für ein erfolgreiches Studium ist.

Es ließe sich aus den vorhandenen Daten sogar auswerten, wie wahrscheinlich ein erfolgreicher Studienabschluss in einem bestimmten Fach bezogen auf die Abiturnote und die Schulform ist.

Und dann hören wir: Wenn wir eine solche Studie machen würden, müssten wir bei missliebigen Ergebnissen ggf. mit einer Kürzung unserer Mittel rechnen, also können wir das einfach nicht tun. Ein »Hurra!« auf die Freiheit von Forschung und Lehre an unseren Hochschulen im Land!

Nichtsdestotrotz, wir bleiben dran!

Nach überstandener, fast dreiwöchiger, deutlicher Corona-Infektion kann auch ich mich jetzt wieder zunehmend in den Kampf für unsere Schulen und für uns Lehrkräfte stürzen.

Das Schuljahr geht mit Riesenschritten seinem Ende entgegen. Für diesen Endspurt wünsche ich Ihnen viel Kraft!

Bleiben Sie gesund!

Ihr

Ralf Scholl

Vereinbarkeit von Familie und Beruf?

Große Nachfrage nach digitaler Fobi für BfC!

Bei unserer ersten digitalen Veranstaltung für BfC wollten rund 100 Frauen wissen, wie sie als BfC an ihren Schulen Kollegien und Schulleitungen unterstützen können.

Am 18. März 2022 hatte der Big Blue Button Server ganz schön zu kämpfen, um rund 100 Teilnehmerinnen und einen Teilnehmer zu verkraften. Doch der Fragen- und Informationsfluss an diesem Nachmittag war nicht zu stoppen! Vorträge und Analysen, Fragen und Antworten über den Chat oder per Audio, Erfahrungsberichte und rechtliche Grundlagen ergänzten sich.

Glücklicherweise konnten wir mit einem kompetenten Team aufwarten:

- **Claudia Grimm** als Beauftragte des Landesvorstandes für alles rund um Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Gleichstellung und Gleichberechtigung war selber zehn Jahre BfC;
- **Edelgard Jauch,** Vorsitzende des BPR Stuttgart, ist insbesondere vertraut mit Fragen rund um Beurlaubungen und die Rolle der ÖPRe;
- **Meike Brück** aus dem BPR Karlsruhe und **Stephanie Gutgsell** aus dem BPR Freiburg kümmern sich für Nordbaden bzw. Südbaden besonders um Fragen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf;
- **Karin Fetzner,** stellvertretende Landesvorsitzende, war unter anderem lange Jahre BfC;
- **Martina Scherer,** stellvertretende Landesvorsitzende und Mitglied im BPR Karlsruhe vertritt den PhV Baden-Württemberg in Frauenfragen beim DPhV und beim bbw.

Außerdem gab es Unterstützung durch unsere Justiziarin **Simone Springer,** die einen Blick in die Rechtsberatung des Philologenverbandes ermöglichte.

Was nahmen die Teilnehmerinnen mit?

Ein Ziel war es, Beauftragten für Chancengleichheit Hilfen an die Hand zu geben, wie sie an ihren Schulen unterstützen, also wie sie ihre Rolle gestalten können. Am Ende der zweieinhalbstündigen Fortbildung war für alle Beteiligten deutlich geworden, dass die Umsetzung des § 29 ChancenG ein zentraler Aspekt für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf an Schulen ist. Leider funktioniert dies noch nicht an allen Schulen gemäß der rechtlichen Grundlage. (Um die Antragsstellung zu erleichtern, haben wir daher zwischenzeitlich ein Infoblatt erstellt, das allen Mitgliedern zugänglich gemacht wird.) Auch Fragen zur Zusammenarbeit mit dem Personalrat, zu MAU und zu Aufstockungen konnten geklärt werden.

Nicht nur an diesen Beispielen wurde die Zusammenarbeit von BfC und den Schulleitungen vor Ort thematisiert. Kommunikation aller Beteiligten ist zentral, um vor Ort gute Lösungen zu finden.

Was nahmen wir 'Aktiven' vom PhV BW mit?

Es besteht ein breit gefächertes Interesse und teilweise großer Beratungsbedarf. Daher wollen wir in Zukunft sowohl digitale als auch analoge Formate anbieten, um zu informieren und zu unterstützen.

Claudia Grimm und **Martina Scherer**

Wir wenden uns mit Ihren Themen auch an die politischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger im Landtag. Am 7. Juli 2022 veranstalten wir in Stuttgart (Literaturhaus) eine Podiumsdiskussion: Chancen & Chanson. Wir freuen uns auf einen Abend mit musikalischem Rahmen und intensiven Diskussionen mit Vertreterinnen der Politik und vielen Mitgliedern des PhV BW.

v.l.n.r.: Stephanie Gutgsell, Christian Unger, Claudia Grimm, Edelgard Jauch, Karin Fetzner, Martina Scherer und Meike Brück im digitalen Austausch mit den BfC

SAMSUNG

Weil Wissen die Welt verändert

Mit Samsung Flip smart lernen: digital und interaktiv. Mit verschiedenen Farben, Schriften und Stiftbreiten schreibt es sich fast wie auf Papier. Inhalte sind jederzeit teilbar – für eine lebendige digitale und hybride Zusammenarbeit. Auch auf den klassischen großformatigen UHD-Displays werden Inhalte erlebbar und Mitschriften können darauf von kompatiblen mobilen Endgeräten angezeigt werden. So gibt es für unterschiedliche Lehr- und Lernsituationen das passende Modell.

Mehr Informationen und individuelle Beratung finden Sie direkt über den QR-Code.

Flip

Vorträge von Frauen für Frauen

Meike Brück und Martina Scherer *[Foto oben v.l.n.r.]* waren im März mit dem Thema **Frauen.Fragen.Heute** auf einer Frauenversammlung an einem Bruchsaler Gymnasium eingeladen.

Beide sind Vertreterinnen des Bezirkspersonalrates in Karlsruhe und üben daneben ihre Aufgaben und Ämter für den Philologenverband Baden-Württemberg aus. Somit konnten sie die Frauenversammlung nicht 'nur' in Frauen- oder Familienfragen beraten, sondern ebenfalls ihr Wissen als Personalrätinnen einfließen lassen.

Nach der Beleuchtung des ChancenG von 2016 und einem besonderen Blick auf teilbare und nicht teilbare Aufgaben brannten den Kolleginnen die Fragen unter den Nägeln:

- Wie kann die Institution Schule familiengerechte Arbeitszeiten möglich machen?
- Gibt es dafür Anträge?
- Ist Chancengleichheit in unserem Beruf überhaupt möglich?
- Auf welche Rechtsgrundlagen kann man sich beziehen?
- Was sind teilbare und nicht teilbare Aufgaben?
- Wann kann MAU abgerechnet werden?

Neben diesen und vielen weiteren Fragen war der Frust über die fehlende Wertschätzung der Kolleginnen und Kollegen vor Ort deutlich spürbar. An der Basis fühlt man sich allein gelassen, die Schulen sollen Entscheidungen treffen, ohne dass ihnen die notwendigen Ressourcen bereitgestellt werden. Es kommen immer mehr Aufgaben auf die Schulen zu, eine Aufgabe jagt die nächste, alles auf den Unterricht oben drauf. Die fehlende echte Krankheitsreserve war ein großer Kritikpunkt, genauso der Umstand, dass die Klassen zu groß sind.

Leider sind diese Punkte auch nicht immer die beste Werbung für unseren Beruf, den wir ja aus Überzeugung gewählt haben. Denn als Lehrkraft braucht man ein gutes Stück Idealismus für die wunderbare Aufgabe, den Schülerinnen und Schülern etwas mitzugeben, ihren Reifeprozess mitzugestalten und miterleben zu dürfen, ihren Weg ins Erwachsenenleben begleiten zu dürfen, sie für unser Fach zu begeistern, sie auf ein Hochschulstudium vorzubereiten.

Gehen Sie auf ihre PhV-Bezirkspersonalrätinnen und -personalräte (Karlsruhe, Freiburg, Stuttgart oder Tübingen) zu, falls Sie Vorträge an ihrer Schule zu bestimmten Themen wünschen. Wir kommen gern an ihre Schule in eine Personalversammlung oder zu einer Frauenversammlung und informieren Sie vor Ort.

Martina Scherer

Es gibt keinen Grund, nicht gewerkschaftlich organisiert zu sein!

Mit diesem Satz motivierte Michael Vetter vom dbb forum die Teilnehmenden eines Seminars mit den Themen Mitgliedergewinnung und Mitgliederaktivierung. Hierzu trafen sich die Mitglieder des erweiterten Bezirksvorstands Nordbaden und einige Gäste am 1. und 2. April im Hotel Siegfriedbrunnen in Grasellenbach. Das in der Überschrift genannte Motto ergänzte Vetter mit dem Nachsatz »Als Gymnasiallehrkraft ist man im PhV!«.

Damit ermunterte der Referent in seinem Impulsreferat die Teilnehmenden zu einem selbstbewussten Agieren bei der Gewinnung neuer Mitglieder. Wertvolle Tipps konnten die Anwesenden gleich in Rollenspielen umsetzen, die von allen Anwesenden analysiert wurden. Am zweiten Tag des Seminars setzten die Teilnehmenden das Gelernte in verschiedenen Gruppen um, indem sie zum Beispiel Anschreiben an die Schulvertreter oder verschiedene Merkblätter konzipierten. Insgesamt verlief die Klausur wie im Flug, bei guter Stimmung und guter produktiver Arbeit aller Beteiligten. Zum guten Gelingen trug nicht nur der Rahmen eines schönen Tagungshotels mit gutem Essen in idyllischer – verschneiter (!) – Landschaft bei, sondern auch die Tatsache, dass man nach langer Zeit erstmals wieder in Präsenz zusammenkommen konnte. Insofern fand auch am Abend in geselliger Runde ein anregender Gedankenaustausch statt.

Die Mitglieder des geschäftsführenden Bezirksvorstandes nutzen das Erarbeitete bei einem weiteren Klausurtag, um bevorstehende Veranstaltungen vorzubereiten und Zeitpläne bis hin zur Kandidatengewinnung für die Stufenpersonalratswahlen 2024 mit entsprechenden Materialien zu erstellen.

Helmut Hauser

>> Die Mitglieder des erweiterten Bezirksvorstands Nordbaden mit Gästen

Veranstaltung der JuPhi am 19. März 2022

Lach & Wein

Um die neuen Vorsitzenden besser kennenzulernen, hatten sich die JuPhi etwas Neues ausgedacht: Eine digitale Weinprobe.

Schon Tage zuvor trudelten bei den angemeldeten Teilnehmenden verführerische Päckchen ein. In jedem befanden sich sechs kleine Fläschchen der Durbacher Winzergenossenschaft, die bis zum Abend des 19. März auf die richtige Temperatur gebracht (und noch nicht getrunken) werden sollten.

Am Tag der Weinprobe richteten sich dann alle Teilnehmer gemütlich vor ihren Bildschirmen ein, stellten diverse Gläser, Brot und Wasser parat. Das Wasser sollte sich schnell als unverzichtbar erweisen, musste man am nächsten Tag noch korrigieren. Und dann ging es los. Fachkundig angeleitet von dem Weinexperten Daniel Kirchner probierten wir uns durch, beginnend mit einem spritzigen Sekt, der gleich zu Beginn des Events für eine gute Stimmung sorgte. Wir schlüpften wieder in die Rolle von wissbegierigen Schülern und löcherten unseren Experten mit Fragen rund um das schöne Thema Wein. Wir erschnüffelten und erschmeckten die verschiedenen Aromen und lernten einiges über Anbaugebiete und Weinsorten.

>> Die Teilnehmenden an der digitalen Weinprobe

So wurden aus den geplanten anderthalb Stunden schnell drei in heiterer Atmosphäre.

Zum Ausklang wurden natürlich auch schulische Themen abseits des Weines angesprochen und schnell wurde dabei deutlich, wie wichtig für uns Lehrerinnen und Lehrer der Austausch ist.

Deswegen stand auch schnell fest, dass diese Veranstaltung einer Wiederholung bedarf. Und Baden-Württemberg hat ja viele Weinregionen zu bieten, die alle erkundet werden wollen. Haltet also die Augen offen, die nächste Ankündigung kommt bestimmt.

Laura Schönfelder

Debeka Landes-/Geschäftsstellen in Baden-Württemberg
Freiburg, Telefon (07 61) 3 86 54 - 0
Karlsruhe, Telefon (07 21) 20 36 91 - 0
Stuttgart, Telefon (07 11) 6 19 69 - 0
Tauberbischofsheim, Telefon (0 93 41) 8 95 67 - 0

Traditioneller Partner
des öffentlichen Dienstes
Debeka
Das **Füreinander** zählt.

Datenschutz, Medienbildung und digitale Souveränität mit oder ohne MS 365 und itslearning?

Probleme und Perspektiven der Digitalen Bildungsplattform in Baden-Württemberg

»Ab dem kommenden Schuljahr ist die Nutzung von MS 365 an Schulen zu beenden oder deren datenschutzkonformer Betrieb ist von den verantwortlichen Schulen eindeutig nachzuweisen«. Mit dieser Ansage sorgte der LfDI (Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit), Dr. Stefan Brink, in seiner Pressemitteilung vom 25. April 2022 für Diskussionen in Öffentlichkeit und Schulen.[1] Insbesondere die etwa 40 Schulen, gegen die beim LfDI bereits Beschwerden wegen der Nutzung von MS 365 eingegangen sind, müssen laut Dr. Brink nun mit Konsequenzen rechnen: »Der Landesbeauftragte wird auf rund 40 Schulen zugehen und individuell den jeweiligen konkreten Einzelfall betrachten. Bei der Suche nach Alternativen berät der Landesbeauftragte die Schulen nicht nur, sondern wirkt gemeinsam mit dem Kultusministerium darauf hin, dass sie ihren Bedürfnissen entsprechend Alternativen nutzen können.«

Aus mit Ansage

Diese Nachricht kam nicht überraschend. Der Philologenverband Baden-Württemberg hatte schon im September 2020 auf die bislang unlösbare Datenschutzproblematik beim Einsatz von *MS 365* an Schulen hingewiesen.[2] Der LfDI hatte zudem nach einem mehrmonatigen Pilotprojekt zum Einsatz von *MS 365* an Schulen bereits vor einem Jahr, im April 2021, in seinem Bericht für das Kultusministerium festgestellt, dass die »Erstellung einer datenschutzkonformen Konfiguration nicht erfolgreich war, Annahmen sich als nicht zutreffend erwiesen haben und dass der Einsatz von *MS 365* im schulischen Kontext zahlreiche datenschutzrechtliche Verstöße mit sich bringt.«[3]

von **Cord Santelmann**
Referent für IT/Medien im Landesvorstand des Philologenverbandes Baden-Württemberg

Der LfDI brachte die Probleme bei *MS 365* wie folgt auf den Punkt: »Der LfDI hat im Rahmen des Pilotprojekts ein sehr hohes Risiko für die Verletzung von Rechten und Freiheiten betroffener Personen festgestellt, vor allem weil hier mit personenbezogenen Daten von Schülerinnen und Schülern, d. h. zum großen Teil von Minderjährigen, die unter besonderem Schutz des Staates stehen und deren besondere Schutzbedürftigkeit auch die Datenschutz-Grundverordnung anerkennt (…), gearbeitet wird. Da im Piloten eine sehr restriktive Konfiguration geprüft wurde, geht der LfDI davon aus, dass auch andere Konfigurationen entsprechende oder weitergehende datenschutzrechtliche Probleme aufwerfen und deswegen kaum datenschutzkonform betrieben werden können.«[4]

Lediglich mit ausdrücklicher Rücksicht auf die Pandemie hatte der LfDI im vergangenen Schuljahr noch keine pauschale Untersagung vorgenommen.[5] Das Ende der Nutzungsmöglichkeit von *MS 365* an Schulen war aber jedenfalls für die Schulen seit langem absehbar.

Kultusministerium beim *MS 365*-Problem weitgehend untätig

Nun könnte man erwarten, dass das Kultusministerium im Rahmen seiner Aufgabe als Schulaufsichtsbehörde und aus Fürsorge für die Schulen seit dem Scheitern des *MS 365*-Pilotprojektes – oder zumindest seit April 2022, nach dem endgültigen Aus für *MS 365* an Schulen durch den LfDI – alles daran setzt, besagte vierzig *MS 365*-Schulen, gegen die schon Beschwerden beim LfDI vorliegen, nachhaltig beim Umstieg auf datenschutzkonforme Cloud-Alternativen zu unterstützen. Dasselbe gilt natürlich auch für die mutmaßlich vielen hundert weiteren Schulen, die weiterhin *MS 365* oder Teile davon einsetzen, und gegen die beim LfDI noch keine Beschwerden vorliegen.

Doch weit gefehlt: Das Kultusministerium ist in dieser Hinsicht allem Anschein nach weitgehend untätig. Zwar empfiehlt die Staatssekretärin im KM, Sandra Boser, in einem Schreiben vom 11. Mai 2022 den Schulen, die noch *MS 365* nutzen, auf Moodle, itslearning und Threema umzusteigen. Gleichzeitig gibt sie aber sozusagen Entwarnung, wenn sie den Schulen schreibt: »Gemäß einer Vereinbarung des Kultusministeriums mit dem LfDI wird er – bis das Land den Schulen eine umfassende datenschutzkonforme Lösung gesamtheitlich zur Verfügung stellt – gegen Schulen, die MS365 nutzen, nicht vorgehen, solange keine sie betreffenden Beschwerden beim LfDI eingehen.« Im Kultusministerium denkt man wohl, es sei im Grunde nicht viel passiert, der LfDI kümmere sich ja um die wenigen aktuellen Beschwerden – und Schulen, gegen die noch keine Beschwerden vorliegen, hätten bis auf Weiteres auch gar kein Problem.

Mehr noch: Ein im Bereich der Bildungsplattform führender Mitarbeiter des Kultusministeriums, Ralf Armbruster, kommentierte auf Twitter den Beitrag eines Bloggers positiv, der dem LfDI, Dr. Brink, »Kommunikation wie bei der Mafia« vorwarf, weil letzterer auf dem Kurznachrichtendienst Mastodon Schulen, die trotz Beschwerden an der Nutzung von *MS 365* festhalten wollen, Konsequenzen androhte.[6] Immerhin distanzierte sich laut einem Beitrag der Schwäbischen Zeitung vom 3. Mai 2022 ein Mitarbeiter des KM von dieser Haltung: Die in dem Artikel dargestellte Sichtweise bzw. zugespitzte Aussage, bei der die Kommunikation des Datenschutzbeauftragten als »Kommunikation wie bei der Mafia« dargestellt werde, entspreche nicht der Sichtweise des Kultusministeriums.[7] Wie beruhigend.

Itslearning für allgemeinbildende Gymnasien zurzeit keine Alternative zu *MS 365*

In seiner Mitteilung zum Aus für *MS 365* an Schulen hat der LfDI darauf hingewiesen, dass den Schulen als Alternativen Moodle und itslearing vom Kultusministerium zur Verfügung gestellt würden, beide mit integriertem BigBlueButton als Videokonferenzlösung. Tatsächlich steht den allgemeinbildenden Gymnasien zum Zeitpunkt der Redaktion dieses Textes (18. Mai 2022) itslearning aber noch gar nicht zur Verfügung, weil der Hauptpersonalrat Gymnasien dessen 'Rollout' noch nicht zugestimmt hat. Die allgemeinbildenden Gymnasien, die zurzeit noch *MS 365* nutzen, sollten also so rasch wie möglich auf Moodle umsteigen. Dafür gibt es Unterstützungssysteme: Auf dem Lehrerfortbildungsserver findet man ein 'Hilfesystem zu Moodle' mit Links zu entsprechenden Fortbildungsangeboten und Unterstützung für Administratoren.[8]

Welche Vorbehalte gibt es gegen itslearning?

Nachdem das Kultusministerium dem HPR Gymnasien in der Presse die Schuld an der fehlenden Verfügbarkeit von itslearning gegeben hat, werden wir häufiger gefragt, worin die Bedenken des Philologenverbandes Baden-Württemberg gegen itslearning denn eigentlich bestünden, schließlich habe der LfDI dem Rollout doch zugestimmt.[9] Nun, der Landesbeauftragte für den Datenschutz, Dr. Brink, bestätigte in seinem Jahresbericht 2021 bezüglich itslearning »datenschutzrechtliche Probleme, vor allem in Bezug zur zwar vertraglich ausgeschlossenen, aber dennoch stattfindenden Verarbeitung personenbezogener Daten in Drittstaaten, der Verarbeitung zu Zwecken von Auftragsverarbeitern und Prüfungen der technisch-organisatorischen Maßnahmen.« Der LfDI hält diese Probleme in seinem Bericht allerdings für 'überwindbar' und das 'Rollout' von itslearning an den Schulen »angesichts der aktuellen pandemischen Situation auch für vertretbar […] wenn die Probleme sodann zügig in Angriff genommen würden.«[10]

Um welche 'Probleme' es sich dabei genau handelt, haben wir versucht, über zwei Anfragen auf Grundlage des Informationsfreiheitsgesetzes und das Portal 'FragDenStaat' zu klären, leider bisher ohne Erfolg.[11] Das Kultusministerium weigert sich hartnäckig, Auskünfte darüber geben, welche datenschutzrechtlichen Probleme bei itslearning nach Auffassung des LfDI im Einzelnen bestehen.

Es drängt sich deshalb die Vermutung auf, dass analog zu *MS 365* auch bei itslearning ein datenschutzkonformer Betrieb zweifelhaft ist. Da den Schulen mit Moodle eine funktionale und datenschutzkonforme Lösung zur Verfügung steht, besteht aus Sicht des PhV BW kein Anlass, ohne Not eine Software einzusetzen, deren datenschutzkonformer Betrieb an Schulen nicht über jeden Zweifel erhaben ist.

Datenschutzkonformer Betrieb von itslearning von Anfang an fragwürdig

Auf die Datenschutzproblematik bei itslearning hatte der Philologenverband Baden-Württemberg (genau wie bei *MS 365*) frühzeitig aufmerksam gemacht, in diesem Fall im Dezember 2020.[12] Hintergrund: Itslearning nutzt die US-Anbieter Cloudflare (für die Datenübertragung und Verschlüsselung) und AWS (für die Datenspeicherung). Diese beiden US-Unternehmen sind aber aufgrund der US-Gesetzgebung (Cloud-Act) verpflichtet, auf Anfrage von US-Behörden perso-

nenbezogene Daten auszuliefern. Wie nach dem Scheitern des Abkommens 'Privacy Shield' und der Rechtsprechung des EuGH ('Schrems II'-Urteil) der Betrieb von itslearning mit der Datenschutzgrundverordnung EU-DSGVO vereinbart werden kann, scheint fraglich.[13]

Auch im Sinne der digitalen Souveränität, also der dauerhaften Verfügbarkeit von systemrelevanter Infrastruktur wie der Bildungsplattform, also den virtuellen Schulen und Klassenräumen, ist es ratsam, nicht auf Anbieter von Übersee zu setzen, die ihre Dienste jederzeit verändern, verteuern oder im Extremfall einstellen können. Wir leben ja leider in Zeiten, in denen die dauerhafte internationale Zusammenarbeit durchaus infrage gestellt ist. Und nicht zuletzt erfordern das grundsätzliche Werbeverbot an Schulen und die Prinzipien schulischer Verbraucherbildung, dass Schülerinnen und Schüler sich nach Möglichkeit in einer werbefreien virtuellen Lernumgebung ohne dauerhafte Präsenz von Firmenlogos bewegen können.

Der Weg zu einer datenschutzkonformen, funktionalen Bildungsplattform

Deshalb setzt sich der Philologenverband Baden-Württemberg im Bündnis 'Unsere digitale Schule' weiterhin für den Eigenbetrieb der Bildungsplattform durch das Land und deren Weiterentwicklung mit freien Open Source-Lösungen ein. Mit Moodle und BigBlueButton hat das Land gezeigt, dass es in der Pandemie in der Lage war, den Schulen in kürzester Zeit datenschutzkonforme und funktionierende Lösungen anzubieten. Diese müssen nun rasch um Module für einen echten 'Online-Arbeitsplatz für Lehrkräfte und Schülerinnen und Schüler' (Online-Büroanwendungen, Cloud-Speicher, Dienstmail/Schülermail, Abrechnung von Dienstreisen usw.) erweitert werden.[14] Mehrere Bundesländer, nämlich Brandenburg, Niedersachsen und Thüringen, verfügen bereits über eine vergleichbare 'Bildungscloud' mit sehr umfangreicher Funktionalität, wobei diese nicht von den Ländern selbst, sondern von der Firma Dataport betrieben wird.[15]

Baden-Württemberg könnte die schulische Bildungsplattform selbst betreiben, wenn das baden-württembergische Hochschulnetz BelWü seine Internet-Dienste für die Schulen weiterführen und ausbauen könnte, statt diese wie angekündigt einzustellen.[16] Dazu müsste BelWü vom derzeitigen 'Hochschulnetz' zu einem echten 'Bildungsnetz für Schulen und Hochschulen' weiterentwickelt werden. Das wäre ein Weg, der es dem Land ermöglichen würde, den Schulen rasch eine komplette und funktionale Bildungsplattform zur Verfügung zu stellen, die den Grundsätzen von Datenschutz, digitaler Souveränität und schulischer Verbraucherbildung entspricht.

Das Bündnis 'Unsere digitale Schule', das der Philologenverband Baden-Württemberg mitinitiiert hat, hat schon im Oktober 2021 ein entsprechendes ausführliches Thesenpapier entwickelt und vorgelegt.[17] Es bleibt zu hoffen, dass das Kultusministerium diese konstruktiven Vorschläge aufnimmt. Das KM sollte entgegen den derzeitigen Planungen von langwierigen Ausschreibungsverfahren für die Weiterentwicklung der Bildungsplattform absehen und die Dinge stattdessen selbst in die Hand nehmen. Denn sonst steht zu befürchten, dass die Schulen auf die Weiterentwicklung der Bildungsplattform bis 2024 oder noch länger warten müssen.

---

1 Vgl. LfDI: 'Nutzung von MS 365 an Schulen', Pressemitteilung vom 25. April 2022, https://www.baden-wuerttemberg.datenschutz.de/nutzung-von-ms-365-an-schulen/ aufgerufen am 8. Mai 2022

2 PhV BW: 'Positionen des PhV BW zur Nutzung von MS Office 365 bzw. cloud-basierter Software in der Schule', https://www.phv-bw.de/wp-content/uploads/2020/10/2020-09-11-PhV-BW-Postionen-Digitale-Souveraenitaet-Beschlussfassung-PhV_BW.pdf

3 Vgl. LfDI: 'Hinweise des LfDI zur Nutzung von Microsoft 365 durch Schulen' vom 25. April 2022, https://www.baden-wuerttemberg.datenschutz.de/ms-365-schulen-hinweise-weiteres-vorgehen/#_ftn1 aufgerufen am 8. Mai 2022

4 Vgl. die oben zitierten 'Hinweise' des LfDI

5 Vgl. KM: 'Datenschutzkonforme Bildungsplattform kommt – Vorerst keine pauschale Untersagung von Microsoft-Produkten', Pressemitteilung vom 22. Juli 2021, https://km-bw.de/,Lde/startseite/service/2021-07-22+Vorerst+keine+pauschale+Untersagung+von+Microsoft-Produkten aufgerufen am 8. Mai 2022.

6 Siehe Stefan Malter, 'Baden-Württemberg: Schulen ohne Microsoft 365?' vom 28. April 2022 unter https://microsoft365-fuer-lehrer.de/aktuell/baden-wuerttemberg-microsoft/ und den Twitter-Beitrag von Ralf Armbruster unter https://twitter.com/armbrusterralf/status/1519687199603707905 beides aufgerufen am 8. Mai 2022

7 Kara Ballarin: 'Microsoft in Schulen vor dem Aus', Schwäbische Zeitung vom 3. Mai 2022, S. 2

8 Siehe das 'Hilfesystem zu Moodle' unter https://lehrerfortbildung-bw.de/st_digital/elearning/moodle/hilfesystem/. Fortbildungsangebote zu Moodle findet man unter https://lehrerfortbildung-bw.de/htsuche.html?words=moodle&method=and&config=htdig-lfb-ab-2017

9 Vgl. die Pressemitteilung des KM vom 26. April 2022 unter https://km-bw.de/,Lde/startseite/service/stellungnahme-nutzung-von-ms-365

10 Siehe: LfDI: 'Tätigkeitsbericht Datenschutz 2021: Wege aus der Pandemie – zurück zur Freiheit!', S. 49, https://www.baden-wuerttemberg.datenschutz.de/wp-content/uploads/2022/02/22020225_Taetigkeitsbericht_TB-Datenschutz_2021_V1.pdf

11 Siehe die entsprechenden Anfragen 'Beratungsunterlagen des Landesbeauftragten für Datenschutz (LfDI) Baden-Württemberg für das Kultusministerium BW bezüglich der Lernplattform itslearning' https://fragdenstaat.de/anfrage/beratungsunterlagen-des-landesbeauftragten-fur-datenschutz-lfdi-baden-wurttemberg-fur-das-kultusministerium-bw-bezuglich-der-lernplattform-itslearning/ und 'Grundlage der Entscheidung des KM, itslearning an allen Schulen zu verwenden ('Rollout')' https:// fragdenstaat.de/anfrage/grundlage-der-entscheidung-des-km-itslearning-an-allen-schulen-zu-verwenden-rollout/

12 PhV BW: 'Zumeldung des Philologenverbands Baden-Württemberg (PhV BW) zur Pressemitteilung des Kultusministeriums vom 9. Dezember 2020 ‚itslearning erhält Zuschlag als Lernmanagementsystem für die Digitale Bildungsplattform', https://www.phv-bw.de/zumeldung-des-philologenverbands-baden-wuerttemberg-phv-bw-zur-pressemitteilung-des-kultusministeriums-vom-09-12-2020-itslearning-erhaelt-zuschlag-als-lernmanagementsystem-fuer-die-digitale-bildung/

13 Vgl. die Ausführungen des BfDI 'Praktische Auswirkungen der Rechtsprechung des EuGH auf den internationalen Datentransfer (Rechtssache C-311/18 'Schrems II')' unter https://www.bfdi.bund.de/DE/Fachthemen/Inhalte/Europa-Internationales/Auswirkungen-Schrems-II-Urteil.html

14 Vgl. Unsere digitale Schule: 'Gemeinsame Forderungen zur Bildungsplattform für Baden-Württembergs Schulen', 23. April 2021, https://unsere-digitale.schule/stellungnahme/stellungnahme-april-2021/

15 Siehe https://dbildungscloud.de/ und https://mbjs.brandenburg.de/aktuelles/pressemitteilungen.html?news=bb1.c.736856.de

16 Vgl. PhV BW: 'PhV BW zur angekündigten Beendigung der schulischen Internet-Dienste durch BelWü', 3. Mai 2021, https://www.phv-bw.de/phv-bw-zur-angekuendigten-beendigung-der-schulischen-internet-dienste-durch-belwue/

17 Vgl. 'Unsere digitale Schule', https://unsere-digitale.schule/ bzw. die PDF-Version des Thesenpapiers unter https://unsere-digitale.schule/wp-content/uploads/2021/10/2021-10-05_Thesenpapier-zur-IT-Infrastruktur-fuer-Schulen.pdf

ÖPR-Schulung Schluchsee

Endlich wieder in Präsenz!

Personalräteschulung des Philologenverbands Südbaden vom 17. bis 18. März 2022 in Schluchsee, Hotel 'Vier Jahreszeiten'.

Schon lange war sie geplant und immer wieder wurde sie coronabedingt aufgeschoben: die Folgeschulung des Philologenverbandes für die im Jahr 2019 gewählten Örtlichen Personalräte konnte nun endlich stattfinden. Es blieb bis zuletzt eine Hängepartie, aber der neue Bezirksvorstand bestehend aus **Konrad Oberdörfer, Christine Waibel** und **Martin Stroh** entschloss sich trotz mancher Bedenken, die Schulung mit Maskenpflicht und täglicher Schnelltestung durchzuführen. Etwa siebzig Personalrätinnen und Personalräte hatten sich trotz vielfältiger Inanspruchnahme an den Schulen, insbesondere der Vorbereitung der Schülerinnen und Schüler aufs Abitur, für den Termin angemeldet. Die Fülle der bereits im Vorfeld eingereichten Fragen unterstrich hierbei eindrucksvoll den hohen Informationsbedarf und das hohe Interesse, das die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zur Schulung mitbrachten. So wurde in den beiden Tagen nicht nur informiert, sondern auch intensiv diskutiert, was die Veranstaltung lebendig und brandaktuell werden ließ.

Nach der Begrüßung durch den Vorstand beleuchtete zu Beginn der Veranstaltung der Vorsitzende des BPR Gymnasien am RP Freiburg und ehemaliger Vorsitzender des PhV Südbaden **Joachim Schröder** in gewohnt bewährter Weise als Auffrischung die wichtigsten Eckpfeiler des Landespersonalvertretungsgesetzes (LPVG). Da die Coronaauswirkungen in Form vielfältiger und vielseitiger Überlastungen durchaus auch Spuren im Alltag der Schulen und in der Kommunikation hinterlassen haben, stand im zweiten Teil der LPVG-Thematik die Frage im Mittelpunkt, was vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Schulleitung und Personalvertretung denn bedeute. Einer der wichtigsten Punkte aus dieser Thematik: Die Kommunikation nicht abbrechen lassen: Reden, reden, reden, denn wie wir alle wissen, steter Tropfen höhlt den Stein – und er trägt eben auch dazu bei, entstehende Missverständnisse frühzeitig auszuräumen! Angesichts zahlreicher Nachfragen aus dem Alltag der Teilnehmenden reichte die Zeit für das Thematisieren aller Aspekte nicht aus, so dass in den folgenden Behandlungen der eingereichten Fragen immer wieder Nachlese gehalten wurde.

Nach der Mittagspause referierte Abteilungsdirektor **Siegfried Binninger**, Personalreferent der Abt. 7 im RP Freiburg, zu den Themen Einstellung und Versetzung. Er machte sehr deutlich, wie schwer es im Moment ist, Stellen zu besetzen und mit welcher Schieflage in der Lehrerversorgung in den kommenden Jahren zu rechnen ist. In der nachfolgenden Aussprache blieb er keine Antwort zu den anstehenden Versetzungen schuldig und konnte dank seines phänomenalen Überblicks über die Personalsituation im Bezirk auch auf regionale und lokale Fragen detailliert eingehen.

Anne-Elise Kiehn und **Konrad Oberdörfer** berichteten anschließend zu den aktuellen Themen aus dem HPR. Weiten Raum nahm hierbei das von Anne-Eliese Kiehn referierte Themenfeld Arbeits- und Gesundheitsschutz an den Gymnasien ein. Neben den rechtlichen und organisatorischen Grundlagen des Themenfelds wurde der Arbeitssicherheitsausschuss und dessen Aufgabe an den Gymnasien angesprochen. Ihm gehören ein bis zwei Mitglieder des ÖPR an. Für die Kolleginnen und Kollegen gibt es Fortbildungen und Programme, die den Fokus auf die Gesunderhaltung legen. Hierzu gehören '10 plus – motiviert und gesund bleiben im Lehrberuf', 'Ressource Ich – der Umgang mit sich selbst und anderen im Schulbetrieb' sowie Lehrercoachinggruppen nach dem Freiburger Modell, um nur einige zu nennen. Derzeit erfreuen sich regionale und schulische Gesundheitstage regen Interesses. Mit finanziellen Mitteln fördert das ZSL deren Durchführung mit möglichen Themen wie zum Beispiel 'Gesunder Rücken', 'Stressprävention', 'Zeitmanagement', 'Achtsamkeit' und anderen.

Am frühen Abend war die Stunde der Bezirksvertrauensperson **Dr. Verena Peters**. Dem BPR als engagierte Streiterin für die Interessen der Schwerbehinderten bekannt, wies sie in ihrem Referat nach der Vorstellung der Strukturen der Schwerbehindertenvertretung in Baden-Württemberg insbesondere auf die aus dem SGB IX erwachsenden Pflichten des ÖPR in der Zusammenarbeit mit der Örtlichen Vertrauensperson (ÖVP) hin. Zu nennen sind hier in erster Linie die Thematisierung der Gestaltung des Arbeitsplatzes für schwerbehinderte Menschen, die Mitwirkung bei der Erstellung einer Inklusionsvereinbarung sowie die Überwachung von zu ergreifenden Maßnahmen zur Prävention (zum Beispiel beim Betrieblichen Eingliederungsmanagement, BEM).

Ralf Derwing, BPR-Mitglied und Schatzmeister des PhV Südbaden, setzte mit seinem Beitrag zu Dienstvereinbarungen einen Akzent zur friedlichen Beilegung von Konflikten im Schulalltag vor Ort. So kann die Dienstvereinbarung (§85 LPVG) an den Schulen als Mittel genutzt werden, um Bereiche, für die es keine ausformulierten Normen und Regelungen gibt, im gegenseitigen Einvernehmen zwischen Schulleitung und ÖPR zu regeln, mit dem Ziel, auf diese Weise aktiv Konfliktprävention zu betreiben. Der Weg der Erstellung einer Dienstvereinbarung vor Ort sollte immer dann beschritten werden, wenn sich Problemfälle häufen, die der gleichen Ursache entspringen und für die es keine anderweitige Regelung gibt.

Als freiwilligen Programmpunkt bot **Martin Stroh** am Abend eine Anleitung zur Abrechnung von Dienstreisen über das Dienstreisemanagement des Kundenportals beim LBV BW an.

Am Tag zwei der Veranstaltung konnte der Leitende Regierungsdirektor **Michael Moser**, Jurist aus der Abt. 7 des RP Freiburg, im Plenum begrüßt werden. Er referierte in seiner ihm eigenen mitreißenden Art profund zu rechtlichen Fragen aus der Sicht des RPF. Die behandelten Themen drehten sich naturgemäß zu einem großen Teil um durch Coronaauswirkungen entstandene Probleme an den Schulen. Neben diesen Problemstellungen, die vor allem Aufsichten, Vertretungen und Streaming sowie den Einsatz von digitalen Fernlernsystemen betrafen, nahm Herr Moser auch Stellung zu aktuellen A14-Fragen.

Last but not least ergriff unser neuer Arbeitnehmervertreter im BPR Freiburg, **Jürgen Harich**, die Gelegenheit, umfassend zu Arbeitnehmerfragen Stellung zu nehmen. Einmal mehr wurde deutlich, wie wichtig es ist, die Arbeitnehmer im Kollegium im Auge zu behalten, die gegenüber den verbeamteten Lehrkräften in vielerlei Hinsicht schlechter gestellt sind. Insbesondere Krankheitsvertretungslehrkräfte (KV) dürfen rein rechtlich bestimmte Aufgaben gar nicht übernehmen. Hierzu gehören: keine Klassenleitung, keine Klassenfahrten (Versicherungsschutz), keine Bereitschaft oder Vertretungen, keine Betreuung von Referendaren, um nur einige Punkte zu nennen.

Vor der Abschlussbesprechung versorgte **Christine Waibel** die Teilnehmenden mit der überarbeiteten Checkliste 'Was muss der ÖPR wann erledigen?'. Diese findet als Leitfaden und als Erinnerungshilfe für die Arbeit vor Ort Anwendung im ÖPR-Schulalltag.

Die Organisatoren hatten am Ende der Veranstaltung angesichts der vielen positiven Rückmeldungen zu Tagungsinhalten und Tagungshotel allen Grund zur Freude. Das sehr gedrängte Programm soll zukünftig etwas ausgedünnt werden, so dass es möglich sein sollte, nicht nur zwischendurch frische Luft zu schnappen, sondern auch die vom Haus angebotenen Aktivitäten zur Entspannung als Gegenpol zu hochkonzentrierter Arbeit wahrnehmen zu können. An dieser Stelle nochmals ein großes Kompliment an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer fürs Zuhören, fürs engagierte Mitdenken und Mitdiskutieren, fürs kritische Nachfragen und für die gute und lockere Atmosphäre. Man darf sich, denke ich, schon auf die nächste gewinnbringende Veranstaltung freuen.

Martin Stroh, Villingen-Schwenningen

„... wenn Sie gerade in die Richtung gehen... Ich hab hier noch was Gutes für Sie!"

Thema aktuell

heute: Die Grünen

Innovative Antworten auf schulpolitische Herausforderungen

von **Thomas Poreski, MdL**

Baden-Württemberg erlebt herausfordernde Zeiten – auch in der Bildungspolitik. Vieles, was getan werden muss, gehört im internationalen Kontext bereits zum Standard. Damit geht es also nicht darum, Experimente zu wagen, sondern bereits erfolgreiche Ansätze in unserem Land zu nutzen.

Trotz enger Haushaltsspielräume brauchen wir Budgets für unabweisbare Mehrbedarfe. Diese resultieren aus demografischen Faktoren – mehr Pensionierungen und mehr Schülerinnen und Schüler – und aus dem Rechtsanspruch auf Ganztagesbetreuung an Grundschulen ab 2025/2026.

Kindern aus der Ukraine müssen wir Integration ermöglichen und dabei bedarfsgerecht vorgehen. Dazu gehört ein ukrainischer Schulabschluss für alle, die direkt vor den Prüfungen stehen, unter Nutzung des ukrainischen Onlineunterrichts. Für Jugendliche, die mitten in ihrer Schulkarriere stecken, brauchen wir eine Offenheit in beide Schulsysteme hinein, verbunden mit intensivem Deutschunterricht. Jüngere Kinder müssen ab dem neuen Schuljahr in das deutsche Schulsystem integriert werden. Dazu nutzen wir die Struktur der VKL-Klassen, mit Übergängen ins reguläre Schulsystem. Um dieses Aufgabenpaket zu bewältigen, brauchen wir einen Mix aus pensionierten Lehrkräften und ukrainischem pädagogischem Personal, das ggf. zunächst als pädagogische Assistenz arbeitet. Die diesbezügliche Anerkennung und Rekrutierung laufen erfreulich gut.

Wir müssen, nach den anstrengenden Jahren der Pandemie, die Resilienz unserer Schulen verbessern. Dazu trägt eine veränderte Ressourcensteuerung in allen Schularten bei. Vorbild kann der erfolgreiche Modellversuch im Schulamtsbezirk Tübingen sein. Die Lehrerkräftezuweisung erfolgt dort – ähnlich wie in Hessen und Bayern – nicht nach dem Klassenteiler, sondern nach der Schülerzahl. Gefragte Schulen werden dadurch entlastet – eine Grundlage für die im Koalitionsvertrag vereinbarte Sozialindexbasierung bei der Ressourcensteuerung.

Ebenfalls Entlastung bringt eine verlässliche Ressourcenausstattung in der Inklusion: Jedes inklusiv beschulte Kind bekommt einen planbaren 'Rucksack' an sonderpädagogischer Unterstützung. Unabhängig davon erhöhen wir die Zahl der Studienplätze in der Sonderpädagogik um ein Drittel und erweitern die Kapazitäten für Aufstiegsfortbildungen.

Besonders wichtig ist die Entlastung von Lehrkräften und Schulleitungen von Tätigkeiten, die nicht zu ihrem pädagogischen Kerngeschäft gehören, zum Beispiel durch geeignetes Personal bei bürokratischen Aufgaben wie Statistiken und der Schulbücherei. Möglichkeiten bietet hier auch eine entsprechend fortgebildete Schulsozialarbeit. Sie kann nicht nur Schülerinnen und Schüler, sondern auch Lehrkräfte begleiten, um mit herausfordernden Situationen besser und kräfteschonender umzugehen und so einem Ausbrennen vorzubeugen. Für die Finanzierung brauchen wir eine Öffnung der im Haushalt schon vorgesehenen Budgets für Lehrerstellen, welche aber nicht besetzt werden können. Diese können auch in Quereinsteigerprogramme fließen, zum Beispiel mit dualen Studiengängen. Sie richten sich unter anderem an Bewerberinnen und Bewerber ohne pädagogische Vorbildung, aber mit Hochschulabschluss in den wie Naturwissenschaften und in Musik und Kunst sowie an pädagogische Kräfte mit ausländischer Formalqualifikation.

Beim laufenden Programm Rückenwind können bereits jetzt Schülerinnen und Schüler ab sechzehn Jahren und Schulabgänger eingesetzt werden, dazu Studierende aller Fachrichtungen. Gerade bei den Freiwilligendiensten geht noch mehr als bisher, denn es gibt einen enormen Bewerberüberhang!

Schulscharfe Budgets für die Akquisition von Unterstützungskräften könnten so aussehen, dass den Schulen zum Beispiel ein Viertel des zum Schuljahresbeginn absehbaren Mangels unbürokratisch zur Verfügung gestellt wird. Der Einsatz von geeigneten Personen kann, beginnend mit dem sonderpädagogischen Bereich und den Grundschulen, schrittweise erfolgen.

Gute und ermutigende Innovationen aus Deutschland und international erfolgreichen Bildungsnationen müssen unbürokratisch als Regelstruktur oder Schulversuch allen Schulen zugänglich gemacht werden. Dies gilt etwa bei digitalen und hybriden Unterrichtsformaten, bei integrativen und inklusiven Konzepten, bei demokratischen Beteiligungsformaten und bei der Schulsozialarbeit.

Digital gestützter Unterricht ist hierzulande bisher nur ausnahmsweise zulässig. Zudem ist nach der heutigen Rechtslage Fernunterricht mit verbindlich eingeschalteter Kamera und Mikrofon nicht durchsetzbar. Deshalb müssen wir das Schulgesetz digital ertüchtigen. Künftig werden wir wesentlich mehr pädagogisch hochwertige digitale Formate brauchen, um unsere Lernenden für die Welt von morgen vorzubereiten.

Für Sie im HPR Gymnasien beim KM | Für Sie im HPR Gymnasien beim KM | Für Sie im HPR

Jörg Sobora, Vorsitzender | Andrea Pilz, Vorstandsmitglied | Ralf Scholl | Ursula Kampf, stellvertr. Vorsitzende | Anne-Elise Kiehn | Martin Brenner

Anne Käßbohrer | Cord Santelmann | Christian Unger | Björn Sieper | Stefanie Wölz | Konrad Oberdörfer

Für Sie im HPR außerschulischer Bereich

Michael Belz

Der PhV im HPR und HPR asB

Beschulung von geflüchteten ukrainischen Kindern und Jugendlichen

Leider ist noch nicht abzusehen, ob und wann zusätzliche Ressourcen für die Beschulung von ukrainischen Kindern und Jugendlichen vom Kultusministerium bzw. von der Landesregierung zur Verfügung gestellt werden. Bekannt ist bis Redaktionsschluss lediglich, dass der Bund eine Milliarde Euro insgesamt für die Betreuung, Beschulung und Gesunderhaltung für alle Bundesländer bzw. Gemeinden zur Verfügung stellen wird. Wie viel davon dann in Baden-Württemberg und davon wiederum in den Schulen bzw. Gymnasien landen wird, ist noch offen.

Der HPR Gymnasien fordert eine substanzielle Erhöhung der Ressourcen, um die noch gestiegene Zahl von geflüchteten Kindern und Jugendlichen bestmöglich versorgen und beschulen zu können. Die Planungen sind nach wie vor schwierig, da sich noch nicht alle Geflüchteten registriert haben bzw. schulpflichtig sind.

Der HPR Gymnasien hat wiederholt betont, dass die Schulleitungen und Lehrkräfte gezielt Unterstützung bekommen müssen, da nach mehr als zwei Jahren Coronapandemie die Akkus leer sind und viele Kolleginnen und Kollegen unter Erschöpfung und Mehrbelastungen leiden.

Coronapandemie

Der HPR Gymnasien fordert zusammen mit den anderen HPR immer wieder, dass trotz zurückgehender Infektionszahlen das Kultusministerium weiterhin freiwillig FFP-2-Masken für diejenigen Lehrkräfte zur Verfügung stellt, die dies wünschen.

Lernmanagementsystem itslearning

Nach dem faktischen Ende der Möglichkeit der Verwendung von MS 365/Teams durch die Mitteilung des Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationssicherheit (LfdI), in der der LfdI die Schulen, die MS 365 verwenden, auffordert, bis zum Ende des Schuljahres nach Alternativen zu suchen oder den datenschutzkonformen Einsatz zu garantieren, erhält der HPR Gymnasien erneut viele Zuschriften, warum der HPR Gymnasien der Verwendung von itslearning an den Gymnasien noch nicht zugestimmt hat.

Dazu lässt sich sagen, dass das Kultusministerium zur Zeit des Redaktionsschlusses dem HPR Gymnasien noch immer nicht mitgeteilt hat, welche der vom LfdI bemängelten Sachverhalte es wie bearbeitet hat, um einen datenschutzkonformen Einsatz von itslearning zu gewährleisten.

Der HPR Gymnasien bedauert es außerordentlich, dass er deshalb bis jetzt seine Zustimmung zum landesweiten Einsatz von itslearning an den Gymnasien noch nicht geben konnte.

Förderprogramm 'Lernen mit Rückenwind'-Ferienband

Der HPR Gymnasien hat wiederholt betont, dass sowohl Schulleitungen als auch Lehrkräfte und Schülerinnen und Schüler auch Pausen vom Schulalltag und vom Lernen benötigen, um wieder Kraft, Motivation und Energie zu tanken.

Deshalb möchte der HPR alle Lehrkräfte darauf hinweisen, dass das Angebot freiwillig ist und im Wesentlichen die Kooperationspartner angesprochen sind, Angebote zu machen. Keinesfalls sollten sich Lehrkräfte unter Druck gesetzt fühlen, Angebote zu machen. Sollte dies der Fall sein, kann die Personalvertretung kontaktiert werden.

Zentrale Erhebung im Rahmen der Pilotierung des schulbezogenen Datenblattes

Der HPR Gymnasien fordert weiterhin die förmliche Beteiligung bei der Pilotierung des schulbezogenen Datenblattes ein. Dies wird nach wie vor verweigert. Deshalb strebt der HPR Gymnasien ein Beschlussverfahren an, um seine Beteiligung gerichtlich klären zu lassen. Der HPR Gymnasien hat aber durch seine Intervention erreicht, dass die Erhebungsergebnisse (Schülerantworten bei den Fragebögen zum schulischen Wohlbefinden und zu den Tiefenstrukturen im Unterricht) nur verschlüsselt und den Lehrkräften jeweils individuell für ihre Klassen oder ihren Kurs zugehen werden und nicht wie ursprünglich geplant über die Schulleitung.

Fortbildung des HPR Gymnasien für Schulleitungen zur vertrauensvollen Zusammenarbeit von SL und ÖPR

Der HPR Gymnasien hat vor kurzem eine digitale Fortbildung für Schulleitungen angeboten, an der insgesamt 17 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Schulleitungsteams von ganz Baden-Württemberg teilgenommen haben.

In der Fortbildung wurde die Wichtigkeit einer funktionierenden Zusammenarbeit von SL und ÖPR anhand von zentralen Artikeln des Landespersonalvertretungsgesetzes deutlich gemacht und Raum für Fragen und Fallbeispiele gelassen. Die Teilnehmenden beteiligten sich trotz des digitalen Formats rege.

Mitarbeit in diversen Arbeitsgruppen des KM, ZSL und IBBW

Der HPR Gymnasien nimmt an diversen Arbeitsgruppensitzungen zu verschiedensten Themen teil. Dies betrifft alle Bereiche des schulischen Lebens und der Lehrkräfte. So ist er beispielsweise u.a. in folgenden Arbeitsgruppen aktiv: Weiterentwicklung der Fortbildungsformate, Weiterentwicklung der Evaluation von Fortbildungen, Weiterentwicklung von LFB-Online, Planungssitzungen zu den Fortbildungen der ZSL-Außenstellen, AG Einführungsqualifizierung von Führungskräften, Arbeitsschutzausschuss des KM.

Leider nimmt das KM/ZSL/IBBW die Anregungen des HPR Gymnasien, zusätzliche Belastungen zu vermeiden, nicht immer auf und kann auf Grund von nicht zugewiesenen Ressourcen auch keine Entlastungen an anderer Stelle schaffen.

Jörg Sobora

Evaluation der Fachteamstruktur stockt

Das ZSL möchte so bald als möglich die Fachteamstruktur evaluieren, um daraus wichtige Schlüsse für die weitere Entwicklung des Systems zu ziehen. Vom Prinzip her ein durchaus begrüßenswerter Vorgang. Das ZSL muss sich in diesem Zusammenhang allerdings die Frage gefallen lassen, wie denn eine Struktur evaluiert werden soll, die an einigen Stellen noch gar nicht existiert?

Das Ergebnis wäre vorhersehbar: Da an einigen Stellen (noch) keine Struktur existiert – werden vor allem dort auch keine »strukturellen Probleme« ans Tageslicht kommen. Es gibt schlichtweg keine Beschäftigten, die man befragen könnte.

Voraussetzung für eine funktionierende regionale Fachteamstruktur wäre ein verbindlicher Tätigkeitsbericht für alle Personen, die in den regionalen Fachteams zusammenarbeiten sollen. Dieser fehlt leider immer noch. Konsequenz ist, dass zunehmend mehr Lehrkräfte am Seminar sich der 'freiwilligen' und vor allem unentgeltlichen Mitarbeit in den regionalen Fachteams verweigern.

Ein wesentlicher Baustein des Tätigkeitsberichtes, die Vereinbarung über die Anrechnung der Tätigkeiten für Fortbildnerinnen und Fortbildner, ist ebenfalls noch nicht unter Dach und Fach. Der HPR asB besteht hier im Falle eines längerfristigen krankheitsbedingten Ausfalles darauf, dass eine analoge Regelung (»krank ist krank«) zu den in der Schule arbeitenden Kolleginnen und Kollegen aufgenommen wird. Diese erhalten bei längerfristiger Krankheit weiterhin volle Bezüge gezahlt.

Große Wellen schlägt aktuell auch die Ankündigung, dass Referendarinnen und Referendare zukünftig in der zweiten Ausbildungsphase mit selbständigem Unterricht eine Stunde mehr arbeiten sollen. Sinnvolle Konzepte zur Kompensation der dadurch entstehenden zusätzlichen Belastung sollen derzeit wohl erst noch erarbeitet werden. Der HPR asB wird die vorgelegten Lösungsvorschläge vor dem Hintergrund der angestrebten Qualitätssteigerung in der Ausbildung kritisch prüfen. Dazu wollen wir uns in dieser Frage mit allen betroffenen Personalratsgremien beraten und dann eine abgestimmte Position gegenüber dem Kultusministerium vertreten.

Michael Belz

Zeitenwende für Europa

Am 24. Februar 2022 begann Russland einen großangelegten Überfall auf die Ukraine. Das Kanzler-Wort von der Zeitenwende ist zum geflügelten Wort geworden und passt zur jedenfalls anfänglichen Wortkargheit des Bundeskanzlers, demgegenüber seine Vorgängerin mit einer 3-Wort-Proklamation in Erinnerung bleibt (»Wir schaffen das«).

von **Bernd Saur**
Ehrenvorsitzender des Philologenverbandes Baden-Württemberg

Die Feststellung des Kanzlers ist berechtigt. Was seit dem 24. Februar geschieht, hätte niemand erwartet, niemand für möglich gehalten. Das letzte Jahrhundert bekam nach 33 Jahren seinen Hitler, im 21. Jahrhundert dauerte es nur 22 Jahre. Dieselbe Verblendung, dieselbe Dummheit, dieselbe lächerliche Arroganz (ob wohl der Verhandlungstisch im Kreml noch weiter ausgezogen werden kann?), derselbe Zynismus, dieselbe widerliche Menschenverachtung. Man hätte – so jetzt Kritiker der bisherigen deutschen Russland-Politik – eine größere Distanz zu Russland wahren müssen und sich vor allem bezüglich Rohstofflieferungen nicht in eine so große Abhängigkeit begeben dürfen. Wie heißt es doch so treffend: im Nachhinein ist man immer klüger. Diese Kritik kommt reichlich billig und wohlfeil daher. Die Ausrichtung der deutschen Außenpolitik nach 1945 zielte auf Versöhnung, Verständigung, Kooperation und globales arbeitsteiliges Wirtschaften. War die Vorstellung so falsch, dass Deutschland trotz uneingeschränkter Einbindung in die westliche Staatengemeinschaft (EU und NATO) eine segensreiche Scharnierfunktion zwischen Ost und West ausüben könnte? Hätte eine solche Ausrichtung in historischer und geopolitischer Hinsicht dem bevölkerungsreichsten Land im Herzen des Kontinents nicht gut zu Gesicht gestanden? Wäre eine konstruktive und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit Russland nicht zu beiderseitigem Nutzen gewesen?

Die Möglichkeit eines solchen Miteinanders wurde von Putin zerstört. Er bringt unsägliche Schande über sein Land, das auf Jahrzehnte hinaus geächtet und ausgegrenzt werden wird. Seine verbrecherischen Allmachtsfantasien von einem großrussischen Imperium sind historisch völlig aus der Zeit gefallen und zeigen, dass er nichts, aber auch gar nichts verstanden hat. Zum 'Tag des Sieges' am 9. Mai erklärte er, der Waffengang sei eine unabdingbare Reaktion auf eine westliche Aggression. Was meint er damit? Dass freie Völker frei entscheiden, welchem Militär- und politischen Bündnis sie angehören wollen zum Schutz und zur Verteidigung ihrer Werte, die da heißen Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und Selbstbestimmung der Völker? Die seitens der UdSSR ehemals und viel zu lange unterjochten Völker Osteuropas wollten zu diesem Zweck so schnell wie möglich in die EU und in die NATO. Der russische Diktator betrachtet unsere Werte, die Werte des 'Westens', die Werte der Freiheit als Bedrohung. EU und NATO wollen niemanden angreifen, wohl aber die Freiheit der Mitgliedsstaaten schützen. Vielleicht sollte der Völkermörder Putin im Rahmen seiner Bedrohungstheorien einmal erklären, zu welchem Zweck er denn seit Jahrzehnten russische Waffenarsenale in der Exklave Kaliningrad stationiert hat.

Fakt ist: Nach Georgien, Tschetschenien und der Annexion der Krim führt Putin nunmehr einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen ein benachbartes 'Bruderland' inklusive der gezielten Ermordung von Zivilisten und droht West- und Mitteleuropa mit einem Atomschlag.

Wir sehen die Bilder zum Beispiel aus Butscha und Mariupol und reiben uns schockiert und ungläubig die Augen. Und wir stehen zusammen. Die freie Welt formiert sich im Kampf gegen Unmenschlichkeit und Barbarei, grenzt Russland aus und unterstützt die Ukraine. Auch ohne eine(n) EU-Außenminister(in) tritt die EU weitestgehend geschlossen auf und lernt einige Lektionen von historischer Tragweite. Dazu gehört eine Neubewertung der Globalisierung. Die mit dem Handelspartner China eingegangenen Vernetzungen erweisen sich als gefährlich. Es muss so umgesteuert werden, dass entstandene Abhängigkeiten abgebaut werden und keine neuen entstehen dürfen. Die 27 europäischen Partner müssen eine stärkere Autarkie anstreben. Es kann nicht sein, dass wir bei unserem Medikamentenbedarf von China abhängig sind. Das Projekt Seidenstrasse muss – nicht zuletzt auch wegen der von Außenministerin Baerbock angekündigten wertebasierten Außenpolitik – grundlegend auf den Prüfstand.

Entschlossenes, solidarisches Agieren nach außen darf nicht zur Vernachlässigung dessen führen, was innerhalb des europäischen Hauses geschieht. Die nicht verhandelbaren Grundfesten unserer EU dürfen auch im Inneren von niemandem in Frage gestellt werden. Auch nicht von Ungarn. Das Vorliegen von Beweisen für Rechtsstaatsverstöße veranlasste die EU am 27. April 2022 zur Eröffnung eines Verfahrens, und dies kurz nach dem Wahlsieg von Viktor Orbán, der im Wahlkampf damit prahlte und kokettierte, wie er in Brüssel den starken Mann spielt, wie er diejenigen 26 Länder herausfordert und vor den Kopf stößt, von denen sein Land jährlich mehrere Milliarden Euro erhält. Weder er noch ein Großteil der Wählerschaft scheinen den Grundgedanken der EU verstanden zu haben, wo-

Bild: Wolfilser/AdobeStock

nach jeder etwas abgibt, damit am Ende alle mehr haben. Mit einem »Herausholen, was geht« lässt sich mancherorts offensichtlich trefflich Wahlkampf bestreiten. Ein Missverständnis. Die Eröffnung des Verfahrens spricht für die EU. Es muss Schluss sein mit mutloser, konzilianter Duldung rechtswidrigen Verhaltens.

Nach außen und nach innen muss die EU klare Positionen vertreten und rote Linien definieren, sonst wird sie unglaubwürdig und zum Spielball innerer wie äußerer Akteure. Unser europäisches Staatenbündnis ist mehr als eine geopolitische Einheit. Es beruht auf 27 Bekenntnissen zu unseren gemeinsamen Grundwerten, für deren Durchsetzung auf unserem Kontinent durch die Jahrhunderte viel Blut fließen musste. In seinem Lied 'Abendland' singt André Heller mit Blick auf Europa: »Ich achte und verachte Dich«. Wir wissen, was er meint. Wir sind uns der dunklen, aber auch der freudigen Stunden in unserer europäischen Geschichte bewusst. Wir sind weit gekommen, wir haben viel gelernt. Arbeiten wir gemeinsam entschlossen daran, unseren Kindern und Kindeskindern ein friedliches, solidarisches, freiheitliches, liebenswertes und blühendes Europa zu hinterlassen.

Expertenvortrag in Kooperation mit der BBBank

Vorsorgevollmacht

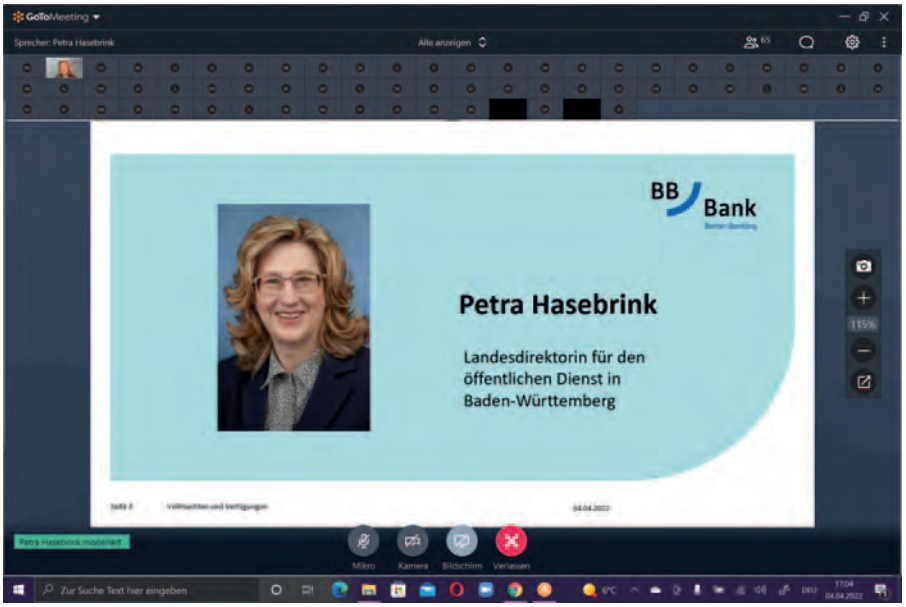
Am 4. April 2022 gab es den ersten digitalen Expertenvortrag beim Philologenverband Baden-Württemberg – eine Stunde lang gab es knackige Informationen, auf den Punkt gebracht, in einer Videokonferenz. Dieses Format wäre vor 2020 wohl eher nicht in unserem Programm gewesen, doch durch die Not aus Corona heraus haben Videokonferenzen und auch digitale Vorträge Einzug gehalten und sind nun auch nicht mehr wegzudenken.

Petra Hasebrink, die Landesdirektorin für den öffentlichen Dienst der BBBank hielt einen digitalen Vortrag zum Thema Vorsorgevollmacht(en)/erben und vererben. Die langjährige Kooperation von Philologenverband und BBBank kam hier zum Tragen und konnte so auf ein Neues gestärkt werden.

Die Nachfrage war durch alle Generationen hindurch sehr groß. Es hat uns im Landesvorstand sehr gefreut, dass dieses Thema bei Ihnen so großen Anklang gefunden hat. Danke auch für die vielen Rückmeldungen und Nachfragen!

! Ja, es wird einen Folgetermin geben – am Montag, 24. Oktober 2022 um 17:00 Uhr, die Anmeldung ist über den internen Bereich möglich.
https://intern.phv-bw.de/login

Martina Scherer



Erratum

Bezüglich des in der vorletzten Ausgabe von *Gymnasium Baden-Württemberg* erschienenen Beitrags von Brigitte Beyrich zum Thema Lernbrücken *(GBW 1-2/2022, Seite 9)* hat Dr. Raphaela Esprester-Bauer, Fachberaterin beim ZSL, darauf hingewiesen, dass bereits im Sommer 2021 lehrwerknahe Materialien in Französisch zumindest an der Regionalstelle Tübingen eingestellt waren. Das Kultusministerium hatte die Schulleitungen angewiesen, auf die eingestellten Materialien hinzuweisen. **gbw**

Planungstagung der Vorstände der Lehrerverbände des Bodenseetreffens

Foto: Sina Ettmer/AdobeStock

Vom 22. bis 24. April 2022 trafen sich in Rorschacherberg nahe dem Schweizer Bodenseeufer die Vorstände der Lehrerverbände, die schon seit über sechzig Jahren gemeinsam das traditionelle Bodenseetreffen veranstalten. Dabei waren: ***Gudrun Pennitz*** *(ÖPU Österreich),* ***Michael Schwägerl*** *(bpv),* ***André Müller*** *und* ***Andreas Egli*** *(VSG Schweiz) und* ***Karin Fetzner*** *(PhV BW). Leider konnte Liechtenstein im Moment keinen Vertreter entsenden, das soll sich absehbar wieder ändern.*

Zwei Fragestellungen wurden schwerpunktmäßig betrachtet

Zum ersten beschäftigten wir uns mit den Studienabbrüchen, die in den letzten Jahren stark zugenommen haben, denn der erschreckend hohe Anteil der Studentinnen und Studenten, die sich für einen Abbruch oder einen Wechsel ihres Studienfachs entscheiden, ist ein Warnzeichen. Es scheint geboten, diesem Phänomen nachzugehen und wissenschaftlich die Gründe zu eruieren, denn erstens ist das für die betreffenden Menschen eine große Zäsur im Leben, ein Zeitverlust und eine Erfahrung des Scheiterns, die verarbeitet werden muss, und zweitens ist es gesellschaftlich und volkswirtschaftlich gesehen eine massive Fehlinvestition von Geldern und Arbeitszeit, die nach Möglichkeit verringert werden sollte. Es gibt nur wenige punktuelle Untersuchungen, die sich die Ursachen für die vermehrten Abbrüche anschauen und die das Ziel haben, durch eine bessere Vorbereitung und Information eine Studienwahl zu ermöglichen, die erfolgversprechender ist. Unserer Ansicht nach wäre es dringend geboten, die Zusammenhänge von Schullaufbahn, Berufsinformation, Voraussetzungen und Anforderungen des Studiums in einer umfassenden Studie zu betrachten. Hier besteht Handlungsbedarf, und wir möchten da einiges anstoßen.

Zum zweiten begannen wir mit den Planungen für das nächste Bodenseetreffen, das gegen Ende September 2023 stattfinden soll. Wir stellten übereinstimmend fest, dass in allen beteiligten Ländern ein Lehrkräftemangel schon besteht oder absehbar massiv droht, zumindest fachbezogen. Gleichzeitig gibt es verbreitet starke Tendenzen, die darauf hinzielen, dass die Ausbildung von Lehrkräften nivelliert werden soll, dass die fachspezifische Vorbildung als weniger wichtig betrachtet wird, dass die Idee vom 'Einheitslehrer' für fast alle Stufen und Schularten oder die Vorstellung einer 'Schule für alle' mal mehr, mal weniger stark von politischer Seite gefördert wird – je nachdem, wer in den Bildungsministerien gerade an der Spitze steht. Die hochwertige, fachlich gute und fundierte schulartspezifische Lehrkräfteausbildung bringt die Qualität in die Schulen, die wir für die Zukunft unserer Gesellschaft brauchen. An welchen Stellschrauben kann man hier drehen? Dieses Thema 'Qualität in der Lehrerbildung' wollen wir beim nächsten Bodenseetreffen diskutieren und bearbeiten. Ebenso muss es das Ziel sein, die Fähigsten und Besten zu motivieren, Lehrkräfte zu werden, denn sie bilden die Zukunft des Landes.

Wertschätzung der Lehrkräfte

Ein weiterer Gesichtspunkt geht damit einher: Wie steht es mit der Wertschätzung der Lehrkräfte bei uns? 'Kann' jeder einfach so Lehrer sein, wie es das verbreitete Einstellen von Quereinsteigern in manchen Ländern suggeriert? Oder sieht man die Lehrkräfte als Spezialisten, als Fachleute, die in ihrem Beruf ihr Bestes geben, um die Kinder und Jugendlichen gut auf ihre Zukunft vorzubereiten? Sind Lehrer wieder die Prügelknaben der Nation, die 'faulen Säcke', wie schon einmal vom damaligen Ministerpräsidenten von Niedersachsen, späteren Bundeskanzler und heutigem, sehr fragwürdigen Ex-Kanzler Schröder über Lehrer hergezogen wurde? Wie kann man die Leistung der Lehrkräfte vermitteln? Über diese Fragen möchten wir im September 2023 auch nachdenken.

So wurde ein arbeitsreiches Wochenende zum Startschuss für das nächste Bodenseetreffen im kommenden Jahr, das uns allen noch viel Planungsarbeit abverlangen wird, aber auf der anderen Seite eine wunderbare Gelegenheit zum länderübergreifenden Austausch darstellt, der alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer bereichert.

Sobald die näheren Daten wie Ort und Zeit festgelegt sind, werden die Informationen hier veröffentlicht.

Karin Fetzner

Foto: Kai/AdobeStock

Kulturelle Aneignung zu Ende gedacht: Schon die Bäume waren ein Holzweg!

Der TAGESSPIEGEL berichtete am 24. März 2022 unter der Überschrift 'Fridays for Future lädt Musikerin Ronja Maltzahn von Demo aus', dass die besagte Musikerin wegen ihrer Frisur nicht bei einer Veranstaltung der Klimaaktivisten auftreten dürfe. Die Organisatoren von Fridays for Future sähen in der Frisur eine 'kulturelle Aneignung'. Die Sängerin sei schockiert.

Der Hintergrund

Die (weiße) Sängerin trägt 'Dreadlocks' (Rasta-Locken). Den Organisatoren der Demonstration zufolge seien Dreadlocks aber in den USA ein Widerstandssymbol der schwarzen Bürgerrechtsbewegung – Zitat: »Wenn eine weiße Person also Dreadlocks trägt, dann handelt es sich um kulturelle Aneignung, da wir als weiße Menschen uns aufgrund unserer Privilegien nicht mit der Geschichte oder dem kollektiven Trauma der Unterdrückung auseinandersetzen müssen«, so die Klimaschützer dem TAGESSPIEGEL zufolge.

Das Problem ist also der Begriff 'kulturelle Aneignung' (cultural appropriation): Ich darf als Weißer keine 'schwarze' Frisur tragen, weil das sozusagen eine Art kultureller, rassistischer Ausbeutung der Schwarzen ist (eben ihrer Kultur), weshalb ein Rasta-Locken-tragender Weißer ein Rassist sei – wenn ich den Begriff richtig verstehe.

Das Problem ist, dass dieser Schuss ideologisch nach hinten losgeht: Wenn ich Menschen einer bestimmten Hautfarbe bestimmte Frisuren verbiete, um Rassismus zu verhindern, bin ich selbst Rassist.

Vielleicht sollten man den Begriff der kulturellen Aneignung einmal konsequent zu Ende denken. Dann dürfen doch Deutsche keine Spaghetti mit Tomatensoße essen, denn das ist ja eine Aneignung der italienischen Esskultur, oder?

Italiener dürfen dann allerdings auch keine Spaghetti essen, denn Nudeln wurden von Chinesen erfunden und erst von Marco Polo nach Italien gebracht. Italiener dürfen ebenso wenig Tomatensoße essen, denn die Tomaten wurden von den Azteken gezüchtet und von Kolumbus nach Europa gebracht. Insofern ist das Gericht für Italiener ab sofort tabu.

Mexikaner dürfen allerdings leider aber auch keine Tomaten essen, denn sie sind keine reinrassigen Azteken mehr, sondern mit ausbeuterischen Weißen gekreuzte Mestizen.

Dafür dürfen dann aber Schwarze auch keine Lederhosen tragen, Bier trinken oder Sauerkraut essen, und bekommen Bierzelt- und Oktoberfestverbot.

Wobei Bier schon von den alten Sumerern gebraut wurde, Gemüsefermentation aus Asien kommt und die Lederbearbeitung sicher auch nicht von den Bayern erfunden wurde, sodass das Oktoberfest dringend von kultureller Aneignung befreit werden muss.

Das ist aber alles bei weitem noch lange nicht woke genug. Wenn schon politische Korrektheit, dann bitte richtig!

Wenn man das Konzept zu Ende denkt, müssen wir so rasch wie möglich zurück auf die Bäume, denn niemand darf sich irgend eine kulturelle Errungenschaft eines anderen widerrechtlich aneignen.

Wobei man durchaus die Auffassung vertreten könnte, dass schon die Bäume ein Holzweg waren. Die meisten Lebensformen oberhalb der Entwicklungsstufe von Algen haben sich nämlich auf Kosten anderer Lebewesen entwickelt, die in der Regel gefressen, parasitiert oder sonst wie ausgebeutet wurden.

Insofern sind die letzten 800 Millionen Jahre Evolutionsbiologie der reinste Irrweg.

Aber vielleicht löst sich das Problem bald von selbst. Putin arbeitet daran.

Cord Santelmann

Der Philologenverband im Gespräch mit ...

... dem ZSL

Zum schon traditionellen regelmäßigen Gedankenaustausch trafen sich am 11. Mai 2022 virtuell wieder Vertreter des Philologenverbandes Baden-Württemberg (Anja Biedermann, Michael Belz, Thomas Schwan und Karin Fetzner – Ralf Scholl war krankheitsbedingt entschuldigt) mit dem Präsidenten des Zentrums für Schulqualität und Lehrerbildung (ZSL), Dr. Thomas Riecke-Baulecke, und dem Abteilungsleiter für allgemeinbildende Schulen des ZSL, Michael Kilper.

Brandaktuell war die Frage nach der vor einiger Zeit angesprochenen externen Evaluation des Zentrums für Schulqualität und Lehrerbildung, die vom Kultusministerium inzwischen wieder deutlich anders verstanden wird, nämlich als Evaluation der Arbeit am ZSL durch eigene Kräfte unter Einbeziehung einiger externer Fachleute vom Wissenschaftlichen Beirat. Daneben sollen Gespräche mit allen beteiligten Akteuren aus den verschiedenen Abteilungen stattfinden.

Ein weiteres heißes Thema ist die vom Kultusministerium angekündigte Verlängerung der Unterrichtszeit bei Referendaren ab dem Kurs 2024 von elf auf zwölf Stunden, unter 'Anpassung' der sonstigen Verpflichtungen, was eigentlich nur eine Kürzung bei den Ausbildungszeiten im theoretischen Bereich bedeuten kann – wir vom Philologenverband lehnen diese Zusatzbelastung für die Referendare strikt ab. Es ist kontraproduktiv, Ausbildungsinhalte zu streichen, unser Ziel ist eine bessere Ausbildung in 24 Monaten.

Zum im Herbst geplanten Digitalkongress, der abermals arbeitnehmerunfreundlich auf einem Samstag liegt, wünschen wir uns ein höheres fachliches Niveau. An den erkannten Schwachstellen soll laut Michael Kilper noch gearbeitet werden.

Das Berufsbild 'Aus-und Fortbildner' wurde trotz früherer Nachfragen noch immer nicht genau beschrieben, und zur schwierigen Abgrenzung zwischen den Aufgaben der Fachberater A und der Fachberater U sei es am besten, pragmatisch eine Kooperation im Sinne der Kolleginnen und Kollegen anzustreben – es gäbe nichts, was dabei 'verboten' sei. Die Qualifikationen zum Fachberater sind nicht finanziell hinterlegt, deshalb läuft Vieles digital, besonders am Anfang. Sinnvoll wäre einmal pro Jahr ein großes Meeting zur fachlich-inhaltlichen Arbeit, das müsste noch etabliert werden. Die Qube-F-Qualifikationen sind freiwillig.

Der Unterrichtsfeedbackbogen soll ein Jahr lang ausprobiert und dann in einer Jahrestagung der Seminarleitungen besprochen werden.

Es gibt schon für eine Reihe von Fächern Fachportale mit schulartspezifischen Inhalten: Mathematik, Physik, Geschichte, Religion ... Fach für Fach soll künftig ausgebaut werden.

Die 'Konkurrenz' zwischen Dienstbesprechungen und Fortbildungen ist am Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung als Problem bekannt, da es oft ähnliche Themen sind, die aber von unterschiedlichen Seiten beleuchtet werden – hier ist Kooperation sinnvoll, soweit sie organisatorisch möglich ist. Unterrichtsausfall wird von Seiten der Schulleitungen immer kritisch betrachtet, aber auf der anderen Seite ist Fortbildung Arbeit – nicht Freizeit.

Die Fachteamstruktur muss genau angeschaut werden, um eventuelle Schwächen im System zu ändern oder anzupassen.

Dr. Thomas Riecke-Baulecke und Michael Kilper weisen noch ausdrücklich auf die aktuellen Informationen des ZSL hin: den Newsletter und eine Online-Info-Reihe für ukrainische Lehrkräfte!

Karin Fetzner

Der Philologenverband Baden-Württemberg war in Berlin am 6. und 7. Mai 2022 zahlreich vertreten

>> Kai Rosenberger, Vorsitzender des BBW, Prof. Susanne Lin-Klitzing und Martina Scherer (stellvertretende Vorsitzende des PhV BW)

>> Prof. Susanne Lin-Klitzing, Vorsitzende des DPhV, im Kreis der Delegierten aus Baden-Württemberg

Bundesjugendtag der dbb*jugend*

Unter dem Motto 'Bereit für ein Update: Mehr Mut, mehr Engagement, mehr Jugend' fand am 6. und 7. Mai der 19. Bundesjugendtag der dbbjugend (turnusgemäß nach fünf langen Jahren) wieder in Berlin statt.

Die über 200 Delegierten stimmten über mehr als 140 Anträge ab; dabei gelang es den Delegierten des DPhV (aus Baden-Württemberg waren **Martina Scherer** und **Maximilian Röhricht** entsandt), **alle** ihre Anträge durchzubringen, sodass der neue Vorstand der dbb*jugend* sich verstärkt wieder um die Belange der Gymnasiallehrkräfte und der Lehramtsanwärterinnen und -anwärter kümmern darf. Parallel tagte zudem der DPhV in Berlin, sodass die JuPhi, teilweise im zweistündlichen Wechsel, bei beiden Veranstaltungen Flagge zeigen konnten.

Einer der wichtigsten Tagesordnungspunkte des Bundesjugendtages war die Neuwahl des Vorstandes nebst Team. Auf die allseits hochgeschätzte **Karoline Herrmann** folgt nun der kämpferische **Matthäus Fandrejewski** (32 Jahre, Gewerkschaft: Komba). Dieser forderte, ganz im Sinne des Tagungsmottos: »Sowohl in gesellschaftspolitischer Hinsicht als auch als Arbeit- und Dienstgebender braucht der öffentliche Dienst dringend ein Update, wenn der Staat das Vertrauen insbesondere der jungen Menschen nicht verspielen will.« Des Weiteren ging Fandrejewski auf die Defizite bei der Reaktionsgeschwindigkeit und Krisenfestigkeit des Staates ein, die während der Corona-Pandemie für alle Kolleginnen und Kollegen sowie Bürgerinnen und Bürger schmerzlich zutage tra-

>> Martina Scherer und Maximilian Röhricht vertreten den Philologenverband Baden-Württemberg beim 19. Bundesjugendtag der dbb*jugend*

ten. Er stellte dabei klar, dass es nicht an den Beschäftigten liege, die mit hoher Motivation und großem Engagement ihre Möglichkeiten ausschöpften, sondern vielmehr an der jahrzehntelangen Sparpolitik. Für ihn und die neugewählte Bundesjugendleitung wird es viel zu tun geben.

Dem öffentlichen Dienst wird durch die Arbeit des Beamtenbundes der Rücken gestärkt; diese Kräftigung überträgt sich auch auf Landesebene in Baden-Württemberg durch die bbwjugend. Innerhalb dieser Gremien und mit den JuPhi (Bund) vertreten die JuPhi die Belange der jungen Lehrkräfte, Referendarinnen, Referendare und der Studentinnen und Studenten. In der Gremienarbeit, in Arbeitsgruppen sowie in den Zeiten zwischen den Beschlüssen und Vorträgen machten die JuPhi sich stark für die Zukunft des Gymnasiums und der gymnasialen Lehrkräfte im Besonderen. Dabei konnte das Netzwerk an Kontakten gepflegt und vertieft werden. Der Erfolg bei diesen Bemühungen trat durch die Wahl von **Max Schmieding** (stellvertretender Vorsitzender der JuPhi NRW) sehr deutlich zutage; mit großer Mehrheit wurde dieser zum Vorsitzenden der jugendpolitischen Kommission innerhalb der dbb*jugend* gewählt. Ein wirklich tolles und vor allem wohlverdientes Ergebnis!

Zu Beginn des festlichen Teils der Veranstaltung fand der dbb-Vorsitzende **Ulrich Silberbach** indes mahnende Worte für die Delegierten des Bundesjugendtages: »In den kommenden Jahren gehen hunderttausende Kolleginnen und Kollegen in den Ruhestand. In Anbetracht der schon heute bestehenden Personallücke von mehr als 300 000 Beschäftigten muss der Staat schleunigst aus seinem Dornröschenschlaf erwachen […]«.

Bei den Vertreterinnen und Vertretern der Jungen Philologen im DPhV war man sich darüber einig, dass schwierige und anspruchsvolle Zeiten vor uns liegen. Einerseits fordert uns der Krieg in der Ukraine mit der direkten Konsequenz einer Vielzahl an ukrainischen Gastschülerinnen und -schülern, die eine zweite Heimat an den deutschen Gymnasien gefunden haben, und für die es Lehrkräfte und didaktische Konzepte braucht. Andererseits beschäftigt uns auch die steigende Inflation, auf welche in den kommenden Einkommensrunden eine Antwort gefunden werden muss. Durch die gesteigerte Präsenz in den Gremien der dbb*jugend* werden wir uns bundesweit ins Gespräch bringen und unsere Themen weiter hochhalten. Die Arbeit geht uns nicht aus. Die JuPhi bleiben dran! **Martina Scherer** und **Maximilian Röhricht**

Buchbesprechnung aus der Redaktion

Zum Schmökern

Dies ist ein kosmopolitischer, moderner Familienroman: Die Eltern stammen aus Afrika und siedeln sich nach dem Studium in den USA dort an, die Kinder leben überall auf der Welt. Es folgen Jahre eines vermeintlichen Glücks, doch der Vater verlässt die Familie und kehrt nach einer großen beruflichen Enttäuschung nach Ghana zurück. Als er stirbt, findet die Familie dort nach langen Jahren seelischer Entbehrungen und erlittenen Leids zu einem neuen Glück zusammen und sie erkennen, dass die Dinge nicht einfach ohne Grund geschehen.

Taiye Selasi ist ein spannender, multiperspektivischer Roman gelungen, der aus einem reichen Sprachschatz schöpft, um die Emotionen, Wärme und Härte der Figuren in einer differenzierten Innensicht einzufangen.

Selasi ist eine junge internationale Stimme. Sie erfand den Begriff 'Afropolitan', der eine neue Generation von Weltbürgern mit afrikanischen Wurzeln beschreibt.

Taiye Selasi: **Diese Dinge geschehen nicht einfach so**
Fischer 2014 | Taschenbuch | Preis: 12,40 Euro

Englisch: **Ghana must go**
Penguin Press 2013

E.J.

Seniorenbeauftragte

aus Baden-Württemberg treffen sich in der Landesgeschäftsstelle.

v.l.n.r.: **Helmut Hauser** (Bezirk Nordbaden und Referat Pensionäre im Landesvorstand), **Dieter Turbon** (Bezirk Südbaden), **Claudia Schnitzer** (Bezirk Südwürttemberg), **Gerhard Scheu** (Bezirk Nordwürttemberg) und **Guntram Dierolf** (Bezirk Nordwürttemberg)

IMPRESSUM

Die Zeitung »Gymnasium Baden-Württemberg« erscheint sechsmal im Jahr. Der Bezugspreis für Mitglieder des PhV ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Bezugspreis für Nichtmitglieder pro Einzelheft »Gymnasium Baden-Württemberg« (inkl. der DPhV-Zeitschrift »Profil«) beträgt 3,– Euro und für ein Jahresabonnement 18,– Euro zuzüglich Versandkosten. Der Betrag wird durch Vorauszahlung jeweils im Dezember erhoben.

Redaktion:
Schriftleiter: Enver Groß *[E.G.]* | enver.gross@phv-bw.de | Pfannenstiel 34 | 88214 Ravensburg
Redaktionsteam:
Sabine Grobe *[S.G.]* | Helmut Hauser *[H.H.]* | Bettina Hölscher *[HL]* | Edelgard Jauch *[E.J.]* | Anne Käßbohrer *[A.K.]* | Evelyn Kapahnke *[E.K.]* | Richard Zöller *[R.Z.]*

Herausgeber:
Philologenverband Baden-Württemberg | Alexanderstraße 112 | 70180 Stuttgart | Tel.: 0711 2396250 | Fax: 0711 2396277 | info@phv-bw.de | www.phv-bw.de

Verlag & Anzeigenverwaltung:
Pädagogik & Hochschul Verlag | dphv-verlagsgesellschaft mbh | Graf-Adolf-Straße 84 | 40210 Düsseldorf | Tel.: 0211 3558104 | Fax: 0211 3558095
dassow@dphv-verlag.de | www.dphv-verlag.de

Erscheinungstermin: sechsmal jährlich nach Terminplan. Bestellungen, Umbestellungen und Reklamationen bitte direkt an die Geschäftsstelle des Philologenverbandes Alexanderstraße 112 | 70180 Stuttgart.

Weitere Hinweise zur Beitrittserklärung *(s. Umschlagseite 4)*

Hinweise zum Datenschutz: Zur Verarbeitung der persönlichen Bankdaten im Rahmen des SEPA-Einzugsverfahrens gebe ich entsprechend Art. 6 Abs. 1 a DSGVO die Einwilligung durch meine Unterschrift. Alle anderen vorstehend angegebenen personenbezogenen Daten werden vom PhV für die Verwaltung der Mitgliedschaft auf der Grundlage von Art. 6 Abs. 1 b DSGVO erhoben. Darüber hinaus können die Daten Name, Vorname, Fachkombination, Adresse, Telefon und E-Mail für die Suche und Kommunikation der PhV-Mitglieder untereinander (im passwortgeschützten Mitgliederbereich intern.phv-bw.de) verwendet werden.

Anmerkung: Auf der internen Webseite können Sie unter 'Mein Konto' Ihre Daten verwalten und die suchbaren Einträge einschränken. Für jede weitergehende Nutzung Ihrer Daten und die Erhebung zusätzlicher Informationen bedarf es Ihrer Einwilligung.

Datenschutzregelung zum Newsletterversand: Im Rahmen unseres Newsletters verarbeiten wir als Daten lediglich die vom Abonnenten angegebene E-Mail-Adresse. Diese wird in diesem Zusammenhang nicht mit weiteren personenbezogenen Daten (Name o. Ä.) verbunden, nur für den Newsletterversand verwendet und nicht an Dritte weitergegeben. Rechtsgrundlage des Newsletterversands ist Art. 6 Abs. 1 UAbs. 1 lit. a DSGVO (Datenschutzgrundverordnung). Die Mailadresse wird nur für die Dauer des Newsletterbezugs gespeichert und bei Beendigung des Abos gelöscht. Das Newsletterabo kann jederzeit widerrufen werden: Jede Newsletter-Mail enthält einen Link, mit dem Sie mit einem schnellen Klick einzelne Newsletter bestellen oder abbestellen können, sowie einen Link zum einfachen Abbestellen sämtlicher Newsletter.

Auszug aus den ab 1. Januar 2022 geltenden Beiträgen (Beiträge pro Monat)

Staffelbeiträge* * Teilzeit wird entsprechend berücksichtigt	unter A 13/E 14 17,55 Euro	A 13/E 14 20,64 Euro	
	A 14/E 15 22,50 Euro	A 15/E 15Ü 25,18 Euro	A 16 und darüber 27,87 Euro
Feste Beitragssätze	Studenten 0,00 Euro	Referendare 4,13 Euro	Pensionäre 10,32 Euro

Beitrittserklärung

Ich erkläre hiermit meinen Beitritt zum Philologenverband Baden-Württemberg ab

Name, Vorname

Straße Hausnummer, PLZ Ort *Geb.-Datum*

Telefon *E-Mail* ☐ Ich wünsche den PhV-Newletter (kostenlos)

Status (bitte genaue Angaben):

☐ Beamte/r, Amtsbezeichnung A ☐ Arbeitnehmer/in, Entgeltgruppe E ☐ Studienreferendar/in ☐ Student/in

Dienststellung (StR, ...) *Fächerkombination* *Deputat in Wochenstunden*

Schulname, Schulort

SEPA-Lastschriftmandat

Philologenverband Baden-Württemberg | Stuttgart

Gläubiger-Identifikationsnummer: DE73ZZZ00000261913 | Mandatsreferenz: Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt

Hiermit ermächtige ich den Philologenverband Baden-Württemberg, fällige Forderungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die vom Philologenverband Baden-Württemberg auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ich kann innerhalb von sechs Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Kreditinstitut

IBAN D E

BIC

Ich weiß, dass ich mit meiner Unterschrift die Satzung des Philologenverbands anerkenne. Ein Exemplar der jeweils gültigen Satzung geht mir auf Wunsch zu. Ich bestätige weiterhin, davon unterrichtet zu sein, dass nach § 7 (2) der Satzung ein Austritt nur zum Ende eines Quartals mit sechswöchiger Kündigungsfrist möglich ist.

Ort, Datum *Unterschrift*

Unter **https://phv-bw.de** finden Sie alle Informationen zum *Datenschutz* unter **–> Datenschutz**. Alle Infos zur *Mitgliedschaft* finden Sie unter **–> Mitgliedschaft**. Hier können Sie auch die *Beitrittserklärung als ausfüllbares PDF-Formular* herunterladen.